
Zentralsekretariat

An das
Bundesministerium für
Familien und Jugend
Franz-Josefs-Kai 51
1010 Wien

1010 Wien, Teinfaltstraße 7
Tel.: 01 534 54 263 Fax 01 534 54 305
e-mail: zentralsekretariat@goed.at

per E-Mail: heinz.wittmann@bmwfj.gv.at
sowie an: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Unser Zeichen:
2.452/2014-VA/Fr-Fam/RauE

Ihr Zeichen:
BMWFI-510101/0001-II/1/2014

Datum:
Wien, 10. März 2014

**Betrifft: Entwurf eines BG, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und
das Kinderbetreuungsgesetz geändert werden;
Stellungnahme**

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst übermittelt zu oben genannten Entwurf folgende
Stellungnahme:

zu Artikel 1

Die GÖD begrüßt die Erhöhung der Familienbeihilfe ab 01. Juli 2014, zumal dies eine
langjährige Forderung der GÖD ist.

zu Artikel 2

Im Zusammenhang mit dem **Kinderbetreuungsgeldgesetz** und der nun geplanten
Änderung weist die GÖD auf eine seit kurzem bekannt gewordene mögliche
Diskriminierung, aber aus unserer Sicht auf alle Fälle „**ungerechten Behandlung**“ mit
nachfolgendem Sachverhalt hin:

z.B. BMEIA - Die ins Ausland entsendeten Bediensteten sind gemäß § 26 BAO -
Bundesabgabenordnung - Abgaben- und sozialversicherungsrechtlich wie Bedienstete
mit Inlandswohnsitz zu behandeln.

Dadurch sollten ihnen keine Nachteile aufgrund ihres Auslandseinsatzes im Dienste der
Republik Österreich entstehen. Der wirkliche Mittelpunkt der Lebensinteressen wird nicht
ins Ausland verlagert, da sie weiterhin in Österreich entlohnt und hier sozialversichert
sind. Im Empfangsstaat erhalten sie kein Gehalt und unterliegen nicht dem dortigen
„Sozialsystem“, dadurch erwerben sie auch keine lokalen sozialversicherungsrechtlichen
Ansprüche (Völkerrechtsregel).

Diese Kolleginnen und Kollegen erhalten auch die österreichische Familienbeihilfe und
den Kinderzuschuss. Bis vor einigen Monaten erhielten diese österreichischen
MitarbeiterInnen „anstandslos“ auch das Kinderbetreuungsgeld, welches auf den Bezug
der Familienbeihilfe aufbaut. Diese Praxis wurde nun vor einigen Wochen, ohne
vorherige Information, geändert = sie erhalten von der BVA kein Kinderbetreuungsgeld
mehr, bzw. werden diesbezügliche Anträge nicht genehmigt.

Diese Vorgangsweise ist aus Sicht der GÖD unverständlich und möglicherweise diskriminierend, zumal diese MitarbeiterInnen österreichische StaatsbürgerInnen, hier ordnungsgemäß ihre Steuern entrichten und sozialversichert sind!

Nach Ansicht der GÖD bedarf es einer gesetzlichen Änderung in § 2 Abs. 1 Z 4 des KBGG, damit diesbezüglich eine Gleichstellung der Bediensteten im Ausland gemäß § 26 Abs. 3 BAO, hergestellt wird.

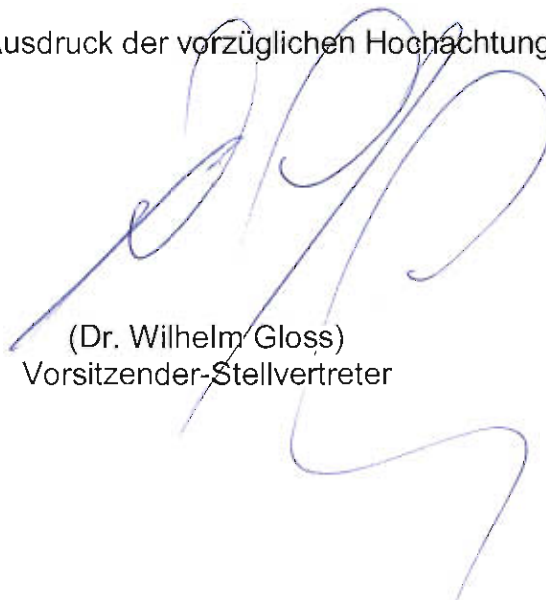
§ 2 Abs. 1 Z 4 KBGG könnte um die Formulierung

...“oder ein solcher nach § 26 Abs. 3 BAO oder nach sonstiger bundesgesetzlicher Regelung anzunehmen ist“ und ...

ergänzt werden.

Ziel der Stellungnahme der GÖD ist, die Bediensteten mit Auslandsverwendung in Bezug auf das KBG mit Bediensteten in Inlandsverwendung gleichzustellen.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung



(Dr. Wilhelm Gloss)
Vorsitzender Stellvertreter